

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Aschenberg-Dugnus, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/27184 –**

Nationales Impfportal einrichten – Impfmanagement zielgerichtet voranbringen

A. Problem

Die Antragsteller kritisieren die aus ihrer Sicht fehlende Planungssicherheit bei der Verteilung des COVID-19-Impfstoffes. Zugleich sei die Erfassung der Impfstoffverfügbarkeit und -verteilung, für die bisher verschiedenste Systeme, darunter Telefax und Microsoft Excel, genutzt würden, nicht mehr zeitgemäß. Ein nicht abgestimmtes und improvisiertes Verhalten dürfe sich im Hinblick auf die Mutation nicht wiederholen. Die frühzeitige Erarbeitung eines bundesweiten Impfmanagements sei daher dringend geboten.

B. Lösung

Die Initianten fordern die Entwicklung eines nationalen Impfportals sowie eines COVID-19-Impfstoff-Bestandportals in Form von Online-Tools.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27184 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Gesundheit

Erwin Rüdgel
Vorsitzender

Christine Aschenberg-Dugnus
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Christine Aschenberg-Dugnus

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27184** in seiner 216. Sitzung am 5. März 2021 in erster Beratung behandelt und an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller kritisieren, bei der Verteilung des COVID-19-Impfstoffes gebe es keine ausreichende Planungssicherheit. So hätten sich in der Vergangenheit Probleme bei der Vergabe der Impftermine offenbart, da Bürgerinnen und Bürger vergeblich auf einen Termin gewartet hätten oder Hochrisikopatienten teilweise ohne erfolgte Impfung wieder nach Hause hätten gehen müssen. Während der Bund immer wieder darauf hingewiesen habe, dass die Verteilung des Impfstoffes Aufgabe der Länder sei, habe sich in diesem Zusammenhang gezeigt, dass die Logistik für die Bundesländer große Herausforderungen und Schwierigkeiten berge, da für sie oft nicht ersichtlich sei, wie der Impfstoff auf die einzelnen Zentren verteilt werde und wie viele Impfdosen vor Ort noch abrufbar zur Verfügung stünden. Zudem werde offensichtlich ein Teil der ausgelieferten Impfdosen für die Zweitimpfung zurückgehalten und nicht für eine Erstimpfung genutzt.

Die Erfassung der Impfstoffverfügbarkeit und -verteilung, für die bisher verschiedenste Systeme, darunter Telefax und Microsoft Excel, genutzt würden, sei nicht mehr zeitgemäß. Die Schnittstellen zwischen den unterschiedlichen Softwaresystemen sowie ein bundesweit einheitliches Impfmanagement fehlten. Ein nicht abgestimmtes und improvisiertes Verhalten dürfe sich im Hinblick auf die Mutation nicht wiederholen. Die frühzeitige Erarbeitung eines bundesweiten Impfmanagements sei daher dringend geboten.

Die Initianten fordern die Entwicklung eines nationalen Impfportals in Form eines Online-Tools, das die Impftermine koordiniere und verlässlich vergebe sowie mit einer Schnittstelle versehen sein sollte, die die freiwillige Anbindung von Arztpraxen und damit ein flächendeckendes Impfen ermögliche. Ebenfalls sollte ein COVID-19-Impfstoff-Bestandportal in Form eines Online-Tools entwickelt werden, durch welches die Bundesländer jederzeit abfragen könnten, wie viele Dosen sie pro Tag verimpfen könnten.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat den Antrag auf Drucksache 19/27184 in seiner 175. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 19/27184 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** teilte mit, sie lehne den Antrag vom 2. März 2021 ab, da er einen einstimmigen Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz der Länder von November 2020 wiederhole. Auch drei Landesregierungen mit FDP-Beteiligung hätten damals einem standardisierten Modul zur Terminvereinbarung für alle Impfzentren auf Basis des bestehenden Systems der Terminvergabe der Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen zugestimmt. Im Anschluss hätten sich dann aber viele Landesregierungen und Betreiber von Impfzentren doch für eigene digitale Tools entschieden, sodass eine erneute Änderung und Zentralisierung in der laufenden COVID-19-Impfkampagne weder hilfreich noch vor Ort gewünscht sei. Zudem entsprächen die Forderungen nach einer Software für ein bundesweites Impfmanagement nicht mehr der inzwischen erreichten Bandbreite an Impfstrukturen und Lieferwegen. Arztpraxen, die an der vertragsärztlichen Versorgung teilnahmen, so-

wie seit Juni 2021 zusätzlich Betriebsärzte und niedergelassene Privatärzte bezögen Impfstoffdosen über Apotheken und damit den pharmazeutischen Großhandel. Die vorgeschlagene Anbindung an ein Nationales Impfportal stimme überdies nicht mit den ärztlichen Forderungen nach administrativem Minimalaufwand überein.

Die **SPD-Fraktion** betonte, der Impf-Rollout befinde sich bereits in der großflächigen Durchführung. Das Impfen in Hausarztpraxen und Betrieben laufe seit geraumer Zeit. Ebenso funktioniere das Verfahren zur Verteilung der Impfstoffe mittlerweile reibungslos, wie der deutliche Impffortschritt in den letzten Wochen zeige. Vor diesem Hintergrund halte die SPD-Bundestagsfraktion eine Änderung des aktuellen Setups für nicht notwendig. Der Antrag werde daher abgelehnt.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, als hätte die Entwicklung und die Vermarktung der Corona-Kontaktverfolgungs-Apps nicht schon genug Millionen Euro gekostet, fordere die FDP nun auch noch die Entwicklung eines nationalen Impfportals in Form eines Online-Tools für das bundesweite Impfmanagement. Dabei erfolge die Vergabe von Impfterminen bereits seit Start der Impfkampagne vielerorts online. Zudem dürfte sich mit der Aufhebung der Impfpriorisierung die Forderung nach der Einführung einer elektronischen Warteschlange oder Nachrückliste, in der Menschen entlang der bestehenden Priorisierung kurzfristig zur Impfung abgerufen werden könnten, erledigt haben. Man sehe in der Entwicklung eines weiteren Online-Tools keine wirklichen Vorteile. Aus diesem Grund lehne man den Antrag ab.

Die **FDP-Fraktion** unterstrich, gerade jetzt, wo die Priorisierung auslaufe und die Hausärzte in den Impfprozess endlich eingebunden worden seien, werde deutlich, wie wichtig eine einheitliche Koordinierung wäre. Die Hausärzte bekämen weiterhin zu wenig Impfstoff. Noch immer herrsche Chaos, wie genau die Verteilung von Impfstoff an die Hausärzte in den Bundesländern organisiert werden solle. Es fehle auch ein Überblick, wo und wie viel Impfstoff noch vorhanden sei. Deswegen brauche man gerade jetzt mehr denn je das von der FDP-Fraktion geforderte nationale Impfportal. Ziel müsse es sein, dass sowohl die jetzt zur Verfügung stehenden Impfstoffe als auch künftige Mengen schnellstmöglich und koordiniert verimpft werden könnten. Man werbe daher um Zustimmung.

Die **Fraktion DIE LINKE** wies darauf hin, der Antrag sei gut drei Monate alt und wirke schon wie aus der Zeit gefallen. Die Dringlichkeit ihres Antrags unterstreiche die FDP mit der Verbreitung von Mutationen, während mittlerweile schon die nächsten Mutationen im Anmarsch seien. Die unzureichende Kapazität der Impfzentren werde betont, während inzwischen die Arztpraxen schon zig Millionen Impfungen durchgeführt hätten und fester Bestandteil der Impfkampagne seien. Zum damaligen Zeitpunkt habe wohl tatsächlich noch Bedarf für eine solche Lösung bestanden. Es gebe auch tatsächlich bereits von mehreren Herstellern Logistik-Software für Impfstoffe, von Herstellungsprozessen bis zur Verimpfung (SAP, Siemens, Salesforce). Begrenzend scheine vor allem das Zuständigkeitschaos zu sein. Das ZDF habe am 17. Februar 2021 geschrieben: „Zuständig sind nämlich neben der Digitalabteilung im Bundesgesundheitsministerium, der Digital-Staatsministerin, der Digitalabteilung im Bundeskanzleramt und dem Chief Information Officer im Bundesinnenministerium noch die Digitalabteilungen der zuständigen Ministerien in 16 Bundesländern und diverse Corona-Stäbe in den Landkreisen und kreisfreien Städte.“ Im Übrigen seien auch die Länder für die komplette Ausführung verantwortlich. Hier müsste man ansetzen und mehr Zentralisierung herbeiführen, wenn man dieses Problem lösen wolle. Ein solcher Antrag wie der vorliegende helfe da kaum weiter. Da aber die Problembeschreibung richtig sei, werde man sich der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, während die grundlegende Bestrebung, das Impfmanagement zu optimieren und die Länder durch ein Online-Tool in der Erfassung von Impfstoffkapazitäten und Vergabe von Impfterminen zu unterstützen, grundsätzlich richtig sei, sei eine Etablierung eines Online-Tools durch die aktuellen Entwicklungen der Impfkampagne mit Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte nun obsolet geworden. Deshalb enthalte man sich der Stimme.

Berlin, den 9. Juni 2021

Christine Aschenberg-Dugnus
Berichterstatlerin